

**DE**

**DE**

**DE**



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 27 mai.2008  
KOM(2008) 2014

## **BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 27 Mai 2008**

**über das Jahresarbeitsprogramm 2008 im Bereich der Finanzhilfen und Aufträge im Verkehrs- und Energiesektor sowie den Finanzierungsbeschluss für Aufträge und Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor gemäß Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates vom 13. Dezember 2006**

**BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 27 Mai 2008**

**über das Jahresarbeitsprogramm 2008 im Bereich der Finanzhilfen und Aufträge im Verkehrs- und Energiesektor sowie den Finanzierungsbeschluss für Aufträge und Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor gemäß Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates vom 13. Dezember 2006**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften<sup>1</sup>, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006 des Rates vom 13. Dezember 2006<sup>2</sup> (im Folgenden die „Haushaltsordnung“), insbesondere auf Artikel 49 Absatz 6, Artikel 75 Absatz 2 und Artikel 110 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften<sup>3</sup>, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 478/2007 der Kommission vom 23. April 2007<sup>4</sup> (im Folgenden die „Durchführungsbestimmungen“), insbesondere auf die Artikel 33, 90, 166, 167 und 168,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 110 Absatz 1 der Haushaltsordnung und Artikel 166 der Durchführungsbestimmungen sind die Finanzhilfen in einen Jahresplan aufzunehmen, in dem der Basisrechtsakt, die Ziele, die vorgeschlagenen Hauptthemen und der Zeitplan der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit ihrem Richtbetrag und den erwarteten Ergebnissen präzisiert werden. Dieses Arbeitsprogramm wird von der Kommission angenommen.

---

<sup>1</sup> ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 390 vom 31.12.2006.

<sup>3</sup> ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1.

<sup>4</sup> ABl. L 111 vom 28.4.2007.

- (2) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe c der Durchführungsbestimmungen können Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zugunsten von Einrichtungen gewährt werden, die de jure oder de facto eine Monopolstellung innehaben.
- (3) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe d der Durchführungsbestimmungen können Finanzhilfen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zugunsten von Einrichtungen, die in einem Basisrechtsakt genannt sind, gewährt werden.
- (4) Nach Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe f der Durchführungsbestimmungen können Finanzhilfen zugunsten von Maßnahmen mit besonderen Merkmalen, für die auf eine hochqualifizierte oder hochspezialisierte Einrichtung oder eine Einrichtung mit besonderen Verwaltungskapazitäten zurückgegriffen werden muss, gewährt werden, sofern die betreffenden Maßnahmen nicht unter eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen fallen.
- (5) Nach Artikel 75 Absatz 2 der Haushaltsordnung geht der Mittelbindung ein Finanzierungsbeschluss voraus, es sei denn, die Mittel können gemäß Artikel 49 Absatz 6 ohne Basisrechtsakt verwendet werden.
- (6) Nach Artikel 90 der Durchführungsbestimmungen kann das Jahresarbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Haushaltsordnung betrachtet werden, sofern es einen hinreichend klar definierten Rahmen vorgibt. Daher obliegt es der Kommission, das Jahresarbeitsprogramm 2008 für Aufträge und Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor anzunehmen.
- (7) Die Finanzhilfen und Aufträge im Rahmen der spezifischen Programme werden in separaten Arbeitsprogrammen geregelt, die von der Kommission angenommen werden und als Finanzierungsbeschlüsse gelten –

BESCHLIESST:

#### *Artikel 1*

Das in den Anhängen I und II enthaltene allgemeine Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen und Aufträge im Verkehrs- und Energiesektor für das Jahr 2008 wird hiermit verabschiedet.

#### *Artikel 2*

Das allgemeine Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Verkehrs- und Energiesektor gilt für die in Anhang I genannten Finanzhilfen als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Haushaltsordnung.

#### *Artikel 3*

In Anhang II sind für den Verkehrs- und Energiesektor die durch operative Maßnahmen aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission sowie die durch vorbereitende Maßnahmen und Pilotprojekte im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 der Haushaltsordnung

durchzuführenden Aufträge und bestimmte Aufträge mit Basisrechtsakt festgelegt; dieser Anhang gilt als Finanzierungsbeschluss im Sinne von Artikel 75 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002, geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1995/2006.

Brüssel, den

*Für die Kommission*

*Mitglied der Kommission*

**ANHANG**  
**ANHANG I**  
**Allgemeines Arbeitsprogramm im Bereich der Finanzhilfen im Energie- und Verkehrssektor für 2008**

*Die in diesem Arbeitsprogramm genannten Beträge beziehen sich auf den Haushalt der Kommission für 2008. Dieses Arbeitsprogramm ist in drei Teile unterteilt:*

- A. Arbeitsprogramm für die ohne Basisrechtsakt infolge einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen
- B. Arbeitsprogramm für die ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährten Finanzhilfen
- C. Arbeitsprogramm für die aufgrund eines Basisrechtsakts und einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu gewährenden Finanzhilfen für spezifische Programme im Energie- und Verkehrssektor
- Programm „Marco Polo II“
  - transeuropäische Verkehrs- und Energienetze
  - Rahmenprogramm Innovation und Wettbewerbsfähigkeit – Programm „Intelligente Energie — Europa“
  - Programm Galileo
  - bestimmte Maßnahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms.

*Außerdem wird darauf hingewiesen, dass Finanzhilfen zur gemeinsamen Verwaltung zugunsten internationaler Organisationen gegebenenfalls entweder Gegenstand eines Ad-hoc-Finanzierungsbeschlusses sein werden oder in die spezifischen Arbeitsprogramme aufgenommen werden.*

*Jede Änderung, die 20 % des vorläufigen Haushaltsmittelansatzes für die Finanzhilfen übersteigt, wird als substantielle Änderung betrachtet. Jede substantielle Änderung erfordert eine Änderung dieses Arbeitsprogramms. Außerdem können die Mittel, die Gegenstand dieses Arbeitsprogramms sind, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 83 der Haushaltsordnung finanzieren.*

*Alle Finanzhilfen, die Gegenstand der Teile A und B dieses Arbeitsprogramms sind, werden in Finanzhilfvereinbarungen geregelt werden.*

**A. OHNE BASISRECHTSAKT INFOLGE EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN**

**A.1. Haushaltlinie: 06 02 03 (Verkehrssicherheit)**

***Rechtsgrundlage:***

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 6 Buchstabe d der Haushaltsordnung.

***Ziel(e):***

Allgemein die Sammlung und Aufbereitung von Informationen aller Art, die für die Analyse, Festlegung, Förderung, Nachverfolgung, Bewertung und Umsetzung der zur Stärkung der Sicherheit im Land-, Luft- und

Seeverkehr ohne unverhältnismäßige Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Effizienz dieser Verkehrsträger nötigen Maßnahmen und Regelungen sowie deren Ausweitung auf Drittländer erforderlich sind.

Die in Frage kommenden Tätigkeiten umfassen Studien, Kampagnen, Konferenzen, die Ermittlung vorbildlicher Vorgehensweisen und Demonstrationsprojekte in folgenden Bereichen:

1) Im Rahmen der Mitteilung der Kommission „Europäisches Aktionsprogramm für die Straßenverkehrssicherheit – Halbierung der Zahl der Unfallopfer im Straßenverkehr in der Europäischen Union bis 2010: eine gemeinsame Aufgabe“ [KOM(2003) 311 vom 2.6.2003]:

- Erziehung, Schulung und andere Lernangebote zur Verbesserung des Verhaltens der Straßenverkehrsteilnehmer
- Entwicklung und Durchführung innovativer Kampagnen für mehr Straßenverkehrssicherheit in der Europäischen Union
- Demonstrationsvorhaben und bewährte Verfahren in folgenden Bereichen:
  - . Kraftradverkehr
  - . Straßenverkehr in der Stadt
  - . ältere Personen (Fahrzeugführer und Fußgänger)
  - . intelligente Verkehrssysteme.

2) Im Bereich des Seeverkehrs:

- Sicherheit des Seeverkehrs durch eine hochwertige Ausbildung sowohl der Besatzungen als auch der Mitarbeiter von Seeverkehrsbehörden
- Maßnahmen zur Sensibilisierung und Information sowohl der Öffentlichkeit als auch der Seeverkehrsbetreiber über Initiativen der Gemeinschaft im Bereich der Sicherheit des Seeverkehrs
- Maßnahmen zur Stärkung aller Aspekte der Sicherheit des Seeverkehrs und Verhütung der Meeresverschmutzung in europäischen Seegebieten.

3) Im Bereich des Schienenverkehrs:

- Annäherung der Rechtsvorschriften, der technischen Normen und Verwaltungsverfahren für die Kontrolle sowie Festlegung von Indikatoren, Methoden und gemeinsamen Zielen.

4) Im Bereich des Luftverkehrs:

- Verwirklichung des einheitlichen Luftraums
- Verbesserung der Sicherheitsbedingungen des Luftverkehrs, insbesondere durch Schaffung eines kohärenten Rechtsrahmens für Luftfahrzeuge, Luftfahrtunternehmen und Luftfahrtpersonal der Gemeinschaft
- Unterstützung internationaler Organisationen für die Sicherheit des Luftverkehrs bei der Einrichtung von Kontroll- und Kooperationsmechanismen mit Drittländern
- Anpassung der Kapazität der Infrastruktur und des Luftraums an die Erfordernisse des Luftverkehrs.

***Erwartete Ergebnisse:***

Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ festgelegten Ziele, insbesondere Senkung der Zahl der Verkehrstoten in Europa um die Hälfte bis 2010, mit besonderem Schwergewicht auf der Nutzung neuer Technologien, dem Herbeiführen von Verhaltensänderungen und bestimmten Risikogruppen;

bessere Kenntnis der Probleme im Zusammenhang mit der Verkehrssicherheit, um angemessener darauf reagieren zu können;

Entwicklung von Gemeinschaftsinitiativen;

Stärkung der Informations- und Präventionspolitik;

Nutzung der Arbeiten der Kommission.

Für 2008 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Erziehung, Schulung und andere Lernangebote zur Verbesserung des Verhaltens der Straßenverkehrsteilnehmer: Zusammenführung verhaltensbezogener Faktoren und der Aspekte Technologie und Infrastruktur zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit.</p> <p>Konzipierung und Durchführung innovativer Kampagnen für mehr Straßenverkehrssicherheit in der Europäischen Union; Verwendung neuartiger pädagogischer Konzepte und neuer Informationstechnologien zur nachhaltigen Beeinflussung des Verhaltens der Verkehrsteilnehmer.</p> <p>Demonstration und Austausch bewährter Verfahren im Interesse der Sicherheit von Kraftstofffahrern: bessere Einbeziehung in das Konzept zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit sowie Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Respekts zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern.</p> <p>Demonstration und Austausch bewährter Verfahren im Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs in städtischem Gebiet zur Unterstützung der europäischen Politik zugunsten der Mobilität in der Stadt (siehe Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ (KOM(2007) 551 vom 25.9.2007).</p> <p>Demonstration und Austausch bewährter Verfahren in Bezug auf ältere Personen (Fahrzeugführer und Fußgänger) in einer Gesellschaft, in der die Lebenserwartung stetig zunimmt: Einbeziehung neuer Technologien und der Ergebnisse aus der medizinischen und der Gesellschaftsforschung, um eine gefahrlose Mobilität älterer Personen zu gewährleisten.</p> <p>Demonstration und Austausch bewährter Verfahren in der Europäischen Union hinsichtlich der Anwendung intelligenter Verkehrssysteme zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit: Beitrag zum besseren Verständnis und zur besseren Nutzung intelligenter Systeme durch die Verkehrsteilnehmer.</p>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	April 2008
Hauptauswahlkriterien	<p>- Finanzielle Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale</p>



	<p>Organisationen.)</p> <p>- Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</p>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <p>Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Straßenverkehrssicherheitspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Initiativen von lokalem Interesse sind ausgeschlossen.</p> <p>Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt.</p> <p>Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, inwieweit die vorgeschlagene Maßnahme die Übertragung, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die großmaßstäbliche Anwendung der Ergebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse und Verfahrensweisen ermöglicht.</p> <p>Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe).</p> <p>Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.).</p> <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich der Aspekte</p> <p>Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) und Zeitplan</p> <p>vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</p>
Finanzierungssatz	<p>Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.</p>
Mittelansatz	<p><b>5 000 000 €</b></p>

## A.2. Haushaltslinie: 06 02 04 01 (Binnenmarkt und Optimierung von Verkehrssystemen)

### A.2.1. Allgemeinen Tätigkeiten

#### **Rechtsgrundlage:**

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 6 Buchstabe d der Haushaltsordnung.

#### **Ziel(e):**

- 1) Verwirklichung, Verwaltung und Entwicklung des Binnenmarkts im Verkehrsbereich, einschließlich seiner Ausdehnung außerhalb der Gemeinschaft, mit besonderem Schwerpunkt auf der Beseitigung von Engpässen im grenzüberschreitenden Verkehr in Gebieten, in denen natürliche Hindernisse den freien Personen- und Güterverkehr behindern.
- 2) Beobachtung des Güter- und Personenverkehrsmarkts für alle Verkehrsträger, einschließlich der Verbesserung der statistischen Erfassung durch die Mitgliedstaaten.
- 3) Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik in den Bereichen Land-, See- und Luftverkehr, insbesondere:
  - Unterstützung von Pilotmaßnahmen im Bereich des Straßenverkehrs, vor allem durch den Einsatz neuer Technologien mit dem Ziel einer Standardisierung der Verfahren
  - Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenschiffsverkehrs und des Kurzstreckenseeverkehrs
  - Verbesserung der Interoperabilität der Verkehrssysteme
  - Förderung und Verbesserung der Qualität des Schienenverkehrs, insbesondere im Güterverkehr;
  - Normungsaufträge an die europäischen Normungsorgane oder andere Organisationen in allen Verkehrssektoren sowie Ausarbeitung technischer Spezifikationen für die Interoperabilität im Eisenbahnverkehr
  - Umsetzung der Open-Sky-Abkommen.

#### **Erwartete Ergebnisse:**

- Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ und in der Halbzeitbilanz von 2006 „Für ein mobiles Europa“ festgelegten Ziele
- Schrittweise Verschiebung der Verkehrsträgeranteile hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern
- Stärkung des Dialogs mit der Industrie zur Förderung der nachhaltigen Mobilität, insbesondere durch bessere Beherrschung der Umweltauswirkungen und eine Korrektur der Verkehrsträgeranteile;
- Ausbau der Interoperabilität der Verkehrsträger;
- Ausbau des Schienengüterverkehrs;
- Ausbau des Binnenschiffsverkehrs und des Kurzstreckenseeverkehrs
- Abschluss internationaler Luftverkehrsabkommen, die die Interessen der europäischen Luftfahrtunternehmen wahren;

- Ausweitung der Politik der Union auf die künftigen Mitgliedstaaten.

Für 2008 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Unterstützung von Kooperations- und Harmonisierungsvorhaben in Bezug auf Kontrollverfahren im Bereich des gewerblichen Güterkraftverkehrs</p> <p>Unterstützung beim Aufbau eines Netzes von Logistik-Instituten zur Förderung des Erfahrungsaustauschs und zur Verbreitung bewährter Verfahren für ein k-modales Verkehrssystem</p>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	April 2008
Hauptauswahlkriterien	<p>Finanzielle Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.)</p> <p>Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</p>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <p>Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Straßenverkehrssicherheitspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann. Initiativen von lokalem Interesse sind ausgeschlossen.</p> <p>Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt.</p> <p>Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, inwieweit die vorgeschlagene Maßnahme die Übertragung, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die großmaßstäbliche Anwendung der Ergebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse und Verfahrensweisen ermöglicht.</p> <p>Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe).</p> <p>Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.).</p> <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich der Aspekte</p> <p>Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) und Zeitplan</p> <p>vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</p>
Finanzierungssatz	Zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.
Mittelansatz	<b>400 000 €</b>

Anmerkung: Eine im Rahmen der 2007 veröffentlichten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählte Maßnahme (mit einer Gesamthöhe von 233 525 €, die 2007 im Arbeitsprogramm der GD TREN enthalten war, konnte nicht im Haushalt 2007 gebunden werden (technische Schwierigkeiten) und wird 2008 zu Lasten der Haushaltslinie 06020401 gebunden. Diese Maßnahme entspricht den für 2008 aufgestellten Prioritäten und Zielen.

### A.2.2. Mobilität in der Stadt

#### ***Rechtsgrundlage:***

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 6 Buchstabe d der Haushaltsordnung.

#### ***Ziel(e):***

Unterstützung der Einführung einer neuen Politik der nachhaltigen Mobilität in Städten und Vorstädten entsprechend dem Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ (KOM(2007) 551 vom 25.9.2007) durch Maßnahmen zur Förderung und Demonstration bewährter Verfahren in folgenden Bereichen:

sichere Fortbewegung in der Stadt zu Fuß und/oder mit dem Fahrrad

Güterverkehr in der Stadt

Harmonisierung der städtischen Umweltzonen

Interoperabilität der Informations- und Zahlssysteme der öffentlichen Verkehrsträger und der privaten Verkehrsträger in der Stadt

Beförderung auf Anforderung für Fahrgäste in Städten und Vororten.

Die Maßnahmen sollten den im Grünbuch über die Mobilität in der Stadt beschriebenen Ansätzen entsprechen: hin zu einem flüssigen Verkehr in der Stadt, zu grüneren Städten, zu einem intelligenteren Nahverkehr und zu einem zugänglicheren Nahverkehr. Maßnahmen, die die Straßenverkehrssicherheit in der Stadt betreffen, können im Rahmen der im Wege der Haushaltslinie 06 02 03 (Verkehrssicherheit) eingeleiteten Tätigkeiten separat finanziert werden.

Zu fördern sind sichtbare, konkrete und operative Maßnahmen, die die bewährten Verfahren in Europa herausstellen. Jede vorgeschlagene Maßnahme muss sich auf die fünf nachstehend aufgeführten Themen beziehen und für drei bis fünf Städte in verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gelten, wobei die geographische Ausgewogenheit und die Vielfalt des sozialen und wirtschaftlichen Kontextes gewahrt werden müssen.

#### ***Erwartete Ergebnisse:***

- Erreichen der im Weißbuch „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ und in der Halbzeitbilanz von 2006 „Für ein mobiles Europa“ festgelegten Ziele
- Erreichen der im Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ festgelegten Ziele
- Schrittweise Verschiebung der Verkehrsträgeranteile hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern
- Ausbau des Dialogs mit den betroffenen Akteuren zur Förderung der nachhaltigen Mobilität
- Ausbau der Interoperabilität der verschiedenen Verkehrsträger
- Erhöhung der Nutzung und der Akzeptanz innovativer Lösungen, Technologien und Instrumente

Besseres Verständnis der bewährten Verfahren und der Barrieren im Bereich der städtischen Mobilität, um angemessene Lösungen auf europäischer Ebene vorzuschlagen.

Für 2008 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Maßnahmen zur Verringerung von Staus, damit der Verkehr in den Städten flüssiger wird, durch: 1.) Förderung der (gefahrlosen) Fortbewegung zu Fuß als echter Alternative zur Nutzung des Privatfahrzeugs, 2.) Förderung des (gefahrlosen) Fahrradfahrens als echter Alternative zur Nutzung des Privatfahrzeugs und 3.) Optimierung des Güterverkehrs und der Logistik in städtischen Gebieten.</p> <p>Maßnahmen für Städte mit geringerer Umweltbelastung durch die Harmonisierung und Umsetzung der Umweltzonen und durch das Management und die Steuerung der Stadtzugangssysteme.</p> <p>Maßnahmen für die Interoperabilität der Informations- und Zahlssysteme der öffentlichen Verkehrsträger und der privaten Verkehrsträger in der Stadt.</p> <p>Maßnahmen zur Förderung der Beförderung auf Anforderung für Fahrgäste in Städten und Vororten.</p> <p>Maßnahmen zur Information und Sensibilisierung auf europäischer Ebene, die alle oben genannten vorrangigen Themen ebenso wie andere Themen einbeziehen, die für die Mobilität in der Stadt relevant sind und in Zusammenarbeit mit den Betroffenen entwickelt werden.</p>
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen - Verkehr	Oktober 2008
Hauptauswahlkriterien	<p>Finanzielle Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.).</p> <p>Technische Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.)</p>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <p>Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Mobilitätspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann.</p> <p>Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt.</p> <p>Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht.</p> <p>Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe).</p> <p>Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.).</p>

	<p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich der Aspekte</p> <p>Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse) und Zeitplan</p> <p>Vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</p> <p>Mehrwert und Einbeziehung der Erfahrungen, die durch Maßnahmen gewonnen wurden, die von europäischen Programmen wie CIVITAS und STEER oder den FTE-Rahmenprogrammen finanziert wurden.</p>
Finanzierungssatz	<p>Der Gemeinschaftsbeitrag kann zwischen 10 % und 50 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme decken. Der Mindesttrichtbetrag des Gemeinschaftsbeitrags für ein einzelnes Projekt wird auf 1 000 000 € veranschlagt. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt. Der höchstmögliche Kofinanzierungssatz ist den Vorschlägen vorbehalten, die den Zuschlagskriterien am besten entsprechen.</p>
Mittelansatz	5 000 000 €

A.3. Haushaltslinie: 06 07 05 (Vorbereitende Maßnahme zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs an Grenzübergängen an den nordöstlichen Außengrenzen der EU (unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit und der allgemeinen Sicherheit))

**Rechtsgrundlage:**

Vom Europäischen Parlament im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2008 eingeführte vorbereitende Maßnahme.

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 Buchstabe b der Haushaltsordnung.

**Ziel(e):**

Die vorbereitende Maßnahme dient der Verbesserung der Verkehrssicherheit und der allgemeinen Sicherheit an drei Grenzübergängen an den nordöstlichen Außengrenzen der EU dadurch, dass drei sichere Lkw-Parkplätze geschaffen werden, um die Straßenverkehrssicherheit und die Sicherheit der Fahrer und der Ladung zu verbessern und die ökologischen und sozialen Probleme zu lösen, die durch lange Lkw-Staus an Grenzübergängen verursacht werden.

Unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung des Verkehrsbedarfs sollte die Umsetzung von Pilotmaßnahmen für einen oder mehrere der folgenden Grenzübergänge zwischen der EU und Russland Vorrang haben:

- Vaalimaa-Torpjanovka (Grenze zwischen Finnland und Russland)
- Narva-Ivangorod (Grenze zwischen Estland und Russland)
- Terehova-Burachki (Grenze zwischen Litauen und Russland)

**Erwartete Ergebnisse:**

Die Projekte sind so auszulegen, dass die Rastplätze nach Einstellung der Finanzierung als sichere und gesicherte Rastplätze weiter bestehen können.

Sie sollen als Geschäftsmodelle für weitere Rastplätze dienen, die ohne Finanzhilfe eingerichtet werden.



Für 2008 vorgeschlagenes Hauptthema	Einrichtung gesicherter Rastplätze mit großer Aufnahmekapazität und/oder ihre Zertifizierung
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die vorbereitende Maßnahme (falls zutreffend)	Mai 2008
Hauptauswahlkriterien	<p>Finanzielle Befähigung des Antragstellers. (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen. Letztere Bestimmung gilt nicht für öffentliche Stellen und internationale Organisationen.)</p> <p>Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</p>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <p>Die Vorschläge werden nach einer Bewertung des tatsächlichen Bedarfs an den einzelnen Grenzübergängen und der sozioökonomischen Projektfolgen ausgewählt.</p> <p>Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann.</p> <p>Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt.</p> <p>Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht.</p> <p>Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe).</p> <p>Bewertung: Die Kommission wird die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Qualität der Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen prüfen.</p> <p>Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.).</p> <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich der Aspekte</p> <p>Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse)</p> <p>Erlangung der erforderlichen Genehmigungen (Baugenehmigung usw.)</p> <p>abgeschlossene Voruntersuchungen</p> <p>Zeitplan der Maßnahme</p> <p>vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</p>
Finanzierungssatz	Zwischen 50 % und 90 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt.
Mittelansatz	3 500 000 €

A.4. Haushaltslinie: 06 04 09 (Investitionsfonds für erneuerbare Energien und Bioraffinerien)

***Rechtsgrundlage:***

Vom Europäischen Parlament im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2008 eingeführte vorbereitende Maßnahme.

Vorbereitende Maßnahme im Sinne von Artikel 49 Absatz 6 Buchstabe b der Haushaltsordnung.

***Ziel(e):***

Diese Mittel dienen zur Finanzierung vorbereitender Maßnahmen für die Schaffung eines Investitionsfonds, der sich ausschließlich auf die Gründung innovativer Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien und der Chemikalien konzentriert. Aus diesem Investitionsfonds sollen Unternehmen aller Größenordnungen Mittel erhalten können.

Ziel dieses Fonds ist es, Investitionen der Unternehmen in innovative Projekte für erneuerbare Energie zu fördern und damit

1. der Wirtschaft der EU die Erfüllung der Ziele des Kyoto-Protokolls zu erleichtern
2. die Abhängigkeit der EU von Einfuhren aus Drittländern zu verringern
3. der EU (im Einklang mit den Zielen der Lissabon-Strategie) zu einer führenden Position bei den Entwicklungen in diesem Bereich zu verhelfen und
4. einen einträglichen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu schaffen.

***Erwartete Ergebnisse:***

Die vorbereitende Maßnahme ist dazu bestimmt, einen Investitionsfonds für erneuerbare Energien und für Chemikalien nach einem dem EIF (Europäischer Investitionsfonds) ähnlichen Konzept aufzulegen. Viel versprechenden Verfahren (z. B. Kohlenstoffbindung durch Algenproduktion, Herstellung von Biokraftstoffen der zweiten Generation oder Bioraffinerie) mangelt es vielfach an für eine großmaßstäbliche Anwendung ausreichenden Investitionen. Der EIF war ein vollkommener Erfolg.

Die Mittel werden durch den EIF verwaltet und nach einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen Unternehmen jeder Größe zugewiesen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen im Energiebereich (vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien).

Für 2008 vorgeschlagenes Hauptthema	Wirtschaftliche und finanzielle Durchführbarkeit der Modalitäten für die Realisierung eines Investitionsfonds für erneuerbare Energien und Bioraffinerien
Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die vorbereitende Maßnahme (falls zutreffend)	Zweites Halbjahr 2008
Hauptauswahlkriterien	<p>Finanzielle Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller hat seine finanzielle Befähigung zur Durchführung der zu fördernden Maßnahme zu belegen und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vorzulegen).</p> <p>Technische Befähigung des Antragstellers (Der Antragsteller muss über die technische und betriebliche Befähigung verfügen, die zu fördernde Maßnahme durchzuführen, und hat die verlangten Unterlagen vorzulegen – Lebenslauf der mit der Durchführung der Maßnahme beauftragten Personen, Beschreibung der in den letzten drei Jahren durchgeführten Vorhaben und Tätigkeiten.).</p>
Hauptzuschlagskriterien	<p>1) Qualität der Maßnahme:</p> <p>Sozioökonomische und finanzielle Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen.</p> <p>Europäische Dimension: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme einen Beitrag zur gemeinsamen Energie- und Verkehrspolitik leisten und diesbezüglich zu einem konkreten Mehrwert führen kann.</p> <p>Innovativer Charakter: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme zu neuen Ansätzen und Praktiken beiträgt.</p> <p>Multiplikatorwirkung: Die Kommission wird prüfen, in welchem Maße die vorgeschlagene Maßnahme den Transfer, die Verallgemeinerung, die Verbreitung oder die Anwendung im großen Maßstab der Ergebnisse, Erfahrungen, Kenntnisse und vorbildlichen Praktiken ermöglicht.</p> <p>Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Mittelansatz, der nach Ausgabenkategorien aufzugliedern ist, muss ein vorteilhaftes Kosten-Nutzen-Verhältnis der Maßnahme belegen (Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse im Verhältnis zum Betrag der Finanzhilfe).</p> <p>Bewertung: Die Kommission wird die vorgeschlagene Bewertungsmethode und die Qualität der Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen prüfen.</p> <p>Sichtbarkeit: In der Beschreibung der Maßnahme ist detailliert anzugeben, mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der Gemeinschaftsmaßnahme gewährleistet wird (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Internetseiten, CD-ROM usw.).</p> <p>2) Qualität des Antrags: Die Organisation der Maßnahme ist detailliert zu beschreiben, insbesondere hinsichtlich der Aspekte</p> <p>Arbeitsplan (Klarheit und Angemessenheit der Ziele, Angemessenheit der erwarteten Ergebnisse)</p> <p>abgeschlossene Voruntersuchungen</p> <p>finanzielle Analyse der Risiken für die Investoren</p> <p>Zeitplan der Maßnahme</p> <p>vorgeschlagene Methodik: Bewertung und Ergebnisindikatoren im Verhältnis zu den angestrebten Zielen.</p>
Finanzierungssatz	Zwischen 50 % und 90 % des Gesamtbetrags der zuschussfähigen Kosten der Maßnahme. Der Kofinanzierungssatz wird nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel und außerdem auf der Grundlage der Zuschlagskriterien und der Stellungnahme der Bewertungsausschüsse festgelegt.
Mittelansatz	3 000 000 €



## **B FINANZHILFEN OHNE AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN**

Eine gewisse Zahl von Finanzhilfen wird Begünstigten gewährt, die ein rechtliches oder faktisches Monopol innehaben. Weitere Finanzhilfen werden Begünstigten gewährt, die im Basisrechtsakt vorgesehen sind. Weitere Finanzhilfen werden gewährt zugunsten von Maßnahmen mit besonderen Merkmalen, für die auf eine hochqualifizierte oder hochspezialisierte Einrichtung oder eine Einrichtung mit besonderen Verwaltungskapazitäten zurückgegriffen werden muss, sofern die betreffenden Maßnahmen nicht unter eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen fallen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelten für die Maßnahmen, die auf diese Weise finanziert werden sollen, die folgenden Kriterien:

### **B.1. Haushaltlinie: 06 02 03 (Verkehrssicherheit)**

**Rechtsgrundlage:** Siehe vorstehenden Abschnitt **A.1** und Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 552/2004 Verordnung (EG) Nr. 552/2004 über die Interoperabilität des europäischen Flugverkehrsmanagementnetzes.

**Ziel(e) und erwartete Ergebnisse:** Siehe Abschnitt **A.1**.

**Begünstigter:** Eurocae (Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe d der Durchführungsbestimmungen).

Für 2008 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>Erstellung technischer Spezifikationen für ATM-Systeme (<i>Flugverkehrsmanagementsysteme</i>)</p> <p><i>Arbeiten von EUROCAE gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 552/2004 über die Interoperabilität des europäischen Flugverkehrsmanagementnetzes.</i></p> <p>Durch diese Finanzhilfe soll die Erstellung technischer Spezifikationen für ATM-Systeme durch EUROCAE beschleunigt werden. Diese technischen Spezifikationen sollten gemäß den von den europäischen Normungsgremien (CEN/CENELEC/ETSI) festgelegten Verfahren als europäische Normen anerkannt werden. Mit dieser Finanzhilfe wird auch das Ziel verfolgt, die Beteiligung von EUROCAE an der Festlegung des vorrangigen Bedarfs an europäischen Normen im Rahmen des Branchenkonsultationsgremiums („industry consultation body“, ICB) und der Koordinierungsgruppe für die ATM-Normung („ATM standardisation coordination group, ATMSCG) und an den Arbeiten zur Fertigstellung der europäischen Normen durch CEN/CENELEC/ETSI zu gewährleisten.</p> <p>Derzeit werden sechs technische Spezifikationen von EUROCAE erarbeitet; im Einvernehmen mit dem ICB ist vorgesehen, während der Laufzeit der Finanzhilfe 37 weitere technische Spezifikationen in Auftrag zu geben.</p>
Einsendeschluss	Mai 2008
Geschätzter Mittelansatz	<b>900 000 €</b>

## B.2. Haushaltslinie 06 07 01 (Verkehrssicherheit [Gefahrenabwehr])

### **Rechtsgrundlage:**

Obliegenheit aufgrund der institutionellen Befugnisse der Kommission gemäß Artikel 49 Absatz 6 Buchstabe d der Haushaltsordnung.

Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt (ABl. L 355 vom 30.12.2002, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 849/2004 (ABl. L 158 vom 30.4.2004, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 725/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ABl. L 129 vom 29.4.2004, S. 6).

Richtlinie 2005/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Erhöhung der Gefahrenabwehr in Häfen (ABl. L 310 vom 25.11.2005, S. 28).

Artikel 8 Absatz 2 des Vorschlags für eine Richtlinie über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland (KOM(2006 852) (vom Rat hinsichtlich der allgemeinen Herangehensweise geändert; Dossier 2006/0278(COD); TRANS 155 CODEC 541); befindet sich derzeit im Annahmeverfahren.

In dem genannten Artikel heißt es, dass die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten gegebenenfalls eine finanzielle Unterstützung gewährt.

### **Ziel(e):**

- 1) Finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten für die Übersetzung der Anhänge der neuen Richtlinie über die Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland und ihrer national vorgenommenen Änderungen.
- 2) Unterstützung des CEN bei der Normung im Bereich der Bewertung der Sicherheit und der Anfälligkeit der Logistikketten.

**Begünstigte:** 1.) Mitgliedstaaten (Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe d der Durchführungsbestimmungen), 2.) CEN (Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe d der Durchführungsbestimmungen)

### **Erwartete Ergebnisse:**

Für 2008 vorgeschlagene Hauptthemen	<p>- 1.) Der Vorschlag zielt auf die Finanzierung der Übersetzung und der Veröffentlichung der technischen Anhänge der Richtlinie und ihrer Änderungen. Von ihm betroffen sind Mitgliedstaaten, deren Amtssprache weder Englisch noch Französisch noch Deutsch ist. Die internationalen Übereinkommen für die Beförderung gefährlicher Güter (ADR, RID, ADN) liegen auf Englisch und auf Französisch (RID auch auf Deutsch) vor. Sie haben jeweils ein Volumen von 1000 Seiten und werden alle zwei Jahre aktualisiert.</p> <p>Die Richtlinie tritt am 30. Juni 2009 in Kraft. 2008 betrifft die Finanzhilfe die Übersetzung der Ausgabe 2009 der ADR-, RID-, ADN-Übereinkommen oder ihrer Änderungen. Die Übereinkommen werden im Zweijahresrhythmus aktualisiert. Die Arbeiten müssen im zweiten Halbjahr 2008 durchgeführt werden.</p> <p>- 2.) Die Normungsaufgaben werden im Wege des Rahmenvertrags der GD ENTR mit CEN durchgeführt. Die Normung ist notwendig, damit die Kommission ihre politischen Ziele – Bekämpfung des Wildwuchses unterschiedlicher Normen und Harmonisierung dieser Normen für die Logistikkette im Binnenmarkt - erreicht.</p>
Einsendeschluss	Juli 2008 und März 2008

Geschätzter Mittelansatz	1) 500 000 € und 2) 150 000 €
--------------------------	-------------------------------

### B.3. Haushaltslinie 06 04 03 03 (Gas – Binnenmarkt und Versorgungssicherheit).

#### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2003/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG (ABl. L 176 vom 15.7.2003, S. 57).

Richtlinie 2004/67/EG des Rates vom 26. April 2004 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung (ABl. L 127 vom 29.4.2004, S. 92).

Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. September 2005 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen (ABl. L 289 vom 3.11.2005, S. 1).

#### **Ziel(e):**

Finanzielle Unterstützung eines Workshops, der in Damaskus veranstaltet wird, um das Interesse der EU an den Entwicklungen im Energiebereich in dieser Region, insbesondere an potenziellen Erdgaslieferungen an die EU im Interesse ihrer Versorgungssicherheit, hervorzuheben.

**Begünstigter:** Sekretariat der Energiecharta (Artikel 168 Absatz 1 Buchstabe f der Durchführungsbestimmungen).

#### **Erwartete Ergebnisse:**

Für 2008 vorgeschlagene Hauptthemen	Ziel des Vorschlags ist die Kofinanzierung eines Workshops in Damaskus im Mai 2008 mit dem Sekretariat der Energiecharta zum Thema der Entwicklungen im Erdgassektor und des grenzüberschreitenden Erdgastransports. Nur dieses Sekretariat, eine internationale Einrichtung auf der Grundlage des Vertrags über die Energiecharta mit besonderen Investitions-, Handels- und Transitregeln im Energiesektor, kann aufgrund ihrer hohen Qualifizierung, ihrer hohen Spezialisierung und des Umstands, dass die meisten Redner dem Sekretariat angehören, diese Veranstaltung organisieren. Während des Workshops wird insbesondere auf die herausragende Bedeutung des Prozesses der Energiecharta und ihrer Instrumente hingewiesen werden.
Einsendeschluss	Januar-Februar 2008
Geschätzter Mittelansatz	25 000 €

### **C. AUFGRUND EINES BASISRECHTSAKTS UND EINER AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN GEWÄHRTE FINANZHILFEN**

Im Bereich Energie und Verkehr führt die Kommission fünf Mehrjahresprogramme durch, die im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet wurden:

- Programm „Marco Polo II“
- transeuropäische Verkehrs- und Energienetze
- Rahmenprogramm Innovation und Wettbewerbsfähigkeit – Programm „Intelligente Energie — Europa“
- Programm Galileo
- Siebtes Forschungsrahmenprogramm.

Diese Mehrjahresprogramme werden unter Beachtung der Vorschriften des jeweiligen Basisrechtsakts, der ein Ausschussverfahren und das Recht auf Einsicht des Europäischen Parlaments vorsieht, durchgeführt.

Die nachfolgende Beschreibung für jedes der fünf Mehrjahresprogramme wird zur Information angeführt.

#### **C.1. Haushaltlinie 06 02 06 (Programm „Marco Polo II“)**

##### ***Rechtsgrundlage:***

Verordnung (EG) Nr. 1692/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Aufstellung des zweiten Marco-Polo-Programms über die Gewährung von Finanzhilfen der Gemeinschaft zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems (Marco Polo II) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1382/2003 (ABl. L 328 vom 24.11.2006, S. 1).

##### ***Arbeitsprogramm:***

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Die für 2008 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten Jahresarbeitsprogramm beschrieben, das im ersten Quartal 2008 nach Genehmigung durch den Ausschuss mit Vertretern der Mitgliedstaaten verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Januar 2008

Umfang der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und der Verträge: 57 422 000 € (Haushalt 2008 ohne EFTA).

#### **C.2. Haushaltslinien 06 03 03 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Verkehrsnetzes, die von gemeinsamem Interesse sind) und 06 03 04 (Finanzielle Unterstützung von Projekten des transeuropäischen Energienetzes, die von gemeinsamem Interesse sind)**

##### ***Rechtsgrundlage:***

- Verordnung (EG) Nr. 680/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze



- Entscheidung Nr. 1364/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 zur Festlegung von Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze und zur Aufhebung der Entscheidung 96/391/EWG und der Entscheidung Nr. 1229/2003/EG
- Entscheidung Nr. 1692/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 1996 über gemeinschaftliche Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (mit Berichtigung - ABl. L 15 vom 17.1.1997), geändert durch die Entscheidung Nr. 884/2004/EG (mit Berichtigung - ABl. L 201 vom 7.6.2004).

### ***Arbeitsprogramm:***

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in den Rechtsgrundlagen beschrieben.

Die Verordnung über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze im Energie- und Verkehrssektor wurde am 20. Juni 2007 angenommen. Die für 2008 vorgesehenen Maßnahmen werden im Mehrjahresarbeitsprogramm K(2007) 2158 vom 23. Mai 2007 im Einzelnen beschrieben. Die übrigen Maßnahmen werden in noch anzunehmenden spezifischen Arbeitsprogrammen beschrieben. Diese werden von der Kommission nach Anhörung des Programmausschusses im schriftlichen Verfahren angenommen.

Zeitpunkt der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für den Teil des Budgets, der nicht unter den Beschluss K(2007) 2158 fällt:	Dezember 2007
Umfang der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen:	20 000 000 € Meeresautobahnen
	15 000 000 € Binnenschifffahrts-informationsdienste
	110 000 000 € Jahresprogramm
Verbleibender Teil des Gesamtbudgets von <b>955 852 600 €</b> einschließlich der 35 000 000 € für das Kreditgarantieinstrument	810 852 600 € TEN-Verkehr – 06 03 03 (Mehrfjahresprogramm)
	21 200 000 € TEN-Energie – 06 03 04

### **C.3. Haushaltlinie 06 04 06 (Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation – Programm „Intelligente Energie für Europa II“)**

#### ***Rechtsgrundlage:***

Beschluss Nr. 1639/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007-2013) (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 15)

#### ***Arbeitsprogramm:***

Die Ziele und erwarteten Ergebnisse sind in der Rechtsgrundlage beschrieben.

Die für 2008 vorgesehenen Maßnahmen werden in einem detaillierten Jahresarbeitsprogramm beschrieben, das Anfang 2008 nach Stellungnahme des Programm-Verwaltungsausschusses verabschiedet wird.

Vorgesehener Zeitpunkt für die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Januar 2008

Umfang der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und der Verträge: 66 061 800 € aus der Haushaltslinie 06 04 06.

#### C. 4. Haushaltslinie 06 02 10 (Programm Galileo)

##### ***Rechtsgrundlage:***

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Umsetzung der Aufbau- und der Betriebsphase des europäischen Satellitennavigationsprogramms (KOM(2004) 477 endg.), geändert durch den Vorschlag KOM(2007) 535 vom 19. September 2007.

##### ***Arbeitsprogramm:***

Wichtigstes Ziel ist die Umsetzung der Errichtungs- und der Betriebsphase des Programms Galileo, um die weltweit erste Infrastruktur für die Satellitennavigation und -ortung zu ausdrücklich zivilen Zwecken in Betrieb zu nehmen. Das Programm stellt das erste europäische Industrie- und Raumfahrt-Großprojekt dar. In der noch zu beschließenden Rechtsgrundlage werden die mit dem Programm verbundenen Ziele und erwarteten Ergebnisse beschrieben.

Die für 2008 vorgesehenen Hauptmaßnahmen betreffen zum einen den Beginn der Errichtungsphase des Programms Galileo mit der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Kommission und der Europäischen Weltraumorganisation und zum anderen die Vorbereitung der Betriebsphase des Programms EGNOS. Die Haushaltsmittel können erst nach Verabschiedung des Basisrechtsakts verwendet werden.

Diese Maßnahmen werden im Mehrjahresarbeitsprogramm der Kommission im Einzelnen beschrieben.

Für 2008 benötigter Betrag: 888 000 000 €(Haushaltslinie 06 02 10, nach BH 1)

#### C.5. Haushaltslinien im Zusammenhang mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm: 06 06 01 (Energie), 06 06 02 (Verkehr)

##### ***Rechtsgrundlage:***

Entscheidung Nr. 1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (2007-2013), ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 1, sowie Erklärungen der Kommission, ABl. L 412 vom 30.12.2006, S. 42.

Entscheidung Nr. 2006/971/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über das spezifische Programm „Zusammenarbeit“ zur Durchführung des Siebten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013), ABl. L 400 vom 30.12.2006, S. 86.

Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013), ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1.

##### ***Arbeitsprogramm:***

Das detaillierte Arbeitsprogramm 2008 für den vorrangigen Themenbereich „Verkehr (einschließlich Luftfahrt)“ ist von der Kommission am 29. November 2007 verabschiedet worden (K(2007) 5765). Dieses Arbeitsprogramm wird für die 2008 zu finanzierenden Vorhaben über eine am 30. November 2007 veröffentlichte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (Referenz FP7-SUSTAINABLE SURFACE TRANSPORT (SST)-2008-TREN-1 (ABl. C 288 vom 30.11.2007) umgesetzt.

Ferner wird die Kommission das Arbeitsprogramm 2008 für den vorrangigen Themenbereich „Energie“ Anfang 2008 verabschieden (K(200..). ....). Der Teil dieses Arbeitsprogramms, für den die GD TREN zuständig ist, betrifft durch Ausschreibungen zu vergebende Studien sowie Querschnittstätigkeiten. Die im Jahr 2008 durch eine 2008 zu veröffentlichende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu finanzierenden Vorhaben (Referenz FP7-ENERGY-2008-2-TREN (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht (ABl. C .... vom .../.../2008)) werden in eine für das erste Quartal 2008 geplante Überarbeitung des Arbeitsprogramms aufgenommen.

Mit der Verwaltung der Vorhaben, die mit dem vorrangigen Teilbereich Galileo in Zusammenhang stehen, wurde die Europäische GNSS-Aufsichtsbehörde beauftragt, die die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichen wird.

Die Mittel des 7. Forschungsrahmenprogramms kommen auch dem Gemeinsamen Unternehmen SESAR zugute, das auf den im Arbeitsprogramm genannten Gebieten tätig sein wird. Für das Jahr 2008 werden dem Gemeinsamen Unternehmen SESAR 50 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Haushaltsmittel:           150 000 000 € für die Haushaltslinie 06 06 01 – „Forschung im Energiebereich“  
                                  119 550 000 € für die Haushaltslinie 06 06 02 – „Forschung im Verkehrsbereich  
(einschließlich Luftfahrt)“

